

AUS DEM NORDEN

Alkoholverbot rechtens

Göttingen: In Göttingen darf auch weiterhin nicht immer und überall öffentlich Alkohol getrunken werden. Ein entsprechendes Verbot sei rechtmäßig, entschied das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht. Im Mai hatte der Rat verboten, in einem bestimmten Bereich der Stadt am Wochenende sowie zu einigen Feiertagen nachts draußen zu zechen. Die Anwohner in dem Wohngebiet hätten ein Recht auf Nachtruhe, entschieden die Richter am Freitag. Die betroffene Nikolaistraße habe sich vor dem Verbot zur Partymeile entwickelt. Das hätte zu mehr Straftaten und Verschmutzungen geführt. In

A 7 nach Lkw-Unfall gesperrt

Göttingen: Nach einem Lkw-Unfall am Freitag bleibt die A 7 zwischen dem Dreieck Drammetal und der Rastanlage Göttingen in Richtung Norden bis voraussichtlich heute gesperrt. Der Straßenbelag müsse stellenweise erneuert werden, sagte ein Polizeisprecher. Am frühen Morgen war ein mit Wein und Sekt beladener Sattelzug aus Potsdam aus bisher unbekannter Ursache ins Schleudern geraten und dann umgekippt. Dabei rammte er ein Auto. Der 33 Jahre alte Lkw-Fahrer wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. In

Verletzte bei Busunfall

Bremen: Beim Zusammenstoß eines Linienbusses mit einem Lastwagen sind am Freitag in Bremen mehrere Fahrgäste verletzt worden. Ein 75 Jahre alter Mann erlitt eine Kopfplatzwunde, eine 62 Jahre alte Frau wurde am Rücken verletzt, und der 44-jährige Busfahrer stand unter Schock. Alle drei kamen ins Krankenhaus, teilte die Polizei mit. Weitere Fahrgäste wurden bei der Vollbremsung des Busses leicht verletzt. Der 44-Jährige war bei grünem Ampellicht von einem Busbahnhof losgefahren, als sich von links ein Lastwagen näherte. Beide Fahrzeuge stießen zusammen. Der 25 Jahre alte Fahrer des Lkw blieb unverletzt. In

Virenverdacht bei Erdbeeren ist bestätigt

Aerzen (tt). Chinesische Erdbeeren sorgen in Deutschland erneut für einen Lebensmittelkandal. Der Verdacht, dass „Erdbeer-Joghurtschnitten“ des Herstellers Aerzener Brot und Kuchen GmbH mit Hepatitis-A-Viren verseucht sind, hat sich bestätigt. Wie der Hersteller am Freitag gegenüber der Dwezet sagte, sind Hepatitis-A-Viren nachgewiesen worden.

Nach der Warnung durch das Landwirtschaftsministerium hatte die „Aerzener Brot und Kuchen“ ihr Produkt „Nareen Erdbeer-Joghurtschnitte“ bundesweit aus dem Handel genommen und die Verbraucher vor dem Verzehr der süßen Kuchenschnitte gewarnt. Zu diesem Zeitpunkt waren nach Herstellerangaben 20 000 Packungen im Verkauf. Erste vom Hersteller in Auftrag gegebene Tests hatten den Virenverdacht noch nicht bestätigt – nun aber sind in einem Hamburger Labor in 5 von 14 Proben Hepatitis-A-Viren nachgewiesen worden. Das Virus kann Leberentzündungen auslösen, sorgt für Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Bauchschmerzen, Fieber, Hautjucken und eine Gelbfärbung der Haut.

Der Geschäftsführer der Aerzener Brot und Kuchen, Marc Schweckendiek, warnt vor dem Verzehr der „Erdbeer-Joghurtschnitte“ mit folgenden Chargennummern und Mindesthaltbarkeitsfristen: **L12048 (05/2013), L12083 (06/2013), L12114 (07/2013), L12145 (09/2013), L12180 (10/2013) und L12297 (01/2014).** Die Chargennummern sind auf jeder Packung angegeben. Verbraucher können entsprechende Packungen bei ihrem Supermarkt oder Einzelhändler zurückgeben.

90 Millionen Euro für die Forschung

Hannover (nied). Der gute Lauf von Volkswagen macht es möglich, dass in diesem Jahr die Volkswagenstiftung eine Rekordsumme für Forschungsvorhaben aussteilt. Es handelt sich, wie das Kuratorium der Stiftung am Freitag entschieden hat, um 90 Millionen Euro. Dieses Geld fließt als „Niedersächsisches Vorab“ in viele Projekte. Der Schwerpunkt liegt in diesem Jahr bei der Unterstützung der Infrastruktur in Niedersachsen.

3,5 Millionen Euro fließen in ein Zentrum für Wirkstoffforschung und Genomforschung in Braunschweig. Hierbei geht es um eine Kooperation zwischen dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung, der Deutschen Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen und der TU Braunschweig. Insgesamt ist hierfür eine Beteiligung Niedersachsens aus dem VW-Vorab mit einer Summe von sieben Millionen Euro vorgesehen.

Drei Millionen Euro sollen für den Aufbau einer Forschungsplattform mit Windenergieanlagen an der Nordseeküste ausgegeben werden. Das Projekt wird getragen vom Deutschen Luft- und Raumfahrt-Institut für Flugsystemtechnik in Braunschweig. Eine Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum ForWind und dem Fraunhofer-Institut für Windenergie ist geplant. Bis 2015 sollen hierfür weitere sieben Millionen Euro bewilligt werden.

Die TU Clausthal und die Uni Göttingen erhalten 1,4 Millionen Euro für ein simulationswissenschaftliches Zentrum. Dieses erhält aus dem VW Vorab insgesamt 4,4 Millionen Euro.

Y-Trasse: Vier Varianten werden geprüft

Auf der Suche nach dem Konsens: Die Bahn bringt Alternativen zur umstrittenen Trasse ins Spiel

VON SASKIA DOHNER

Walsrode. Es ist ein kleiner Sieg für die Bürgerinitiativen. „20 Jahre lang haben wir dafür gekämpft und sind gegen Betonmauern gelaufen“, sagt Bernd Wetter von Umweltschutzverband Bothel/Brockel (BBU). „Jetzt wird es endlich wahr.“ Wahr wird die Prüfung weiterer Alternativen zur ursprünglich geplanten Y-Trasse.

So alt wie die Idee für eine Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke zwischen Hamburg, Hannover und Bremen ist, so alt ist auch der Widerstand. Doch die Deutsche Bahn hat aus dem Debakel von Stuttgart 21 gelernt. Bahnchef Rüdiger Grube sucht seit Monaten den Dialog mit den Kritikern. Eine „vorbildliche Form der Bürgerbeteiligung“ soll es bei der Y-Trasse geben, verspricht er.

Zweimal war Grube im Juli schon in der Lüneburger Heide und hat sich zeigen lassen, welche Auswirkungen der Bau der ursprünglich geplanten Trasse hätte. Naturschutzgebiete und Orte wie das kleine Dorf Brockel im Kreis Rotenburg/Wümme würden zerstört, jahrhundertalte Bauerngehöfte von Schienen zerschneiden.

Gestern war der Bahnchef wieder in Walsrode und hat mit Vertretern von Bürgerinitiativen und des Landes Niedersachsen über mögliche Alternativen diskutiert. „Die Welt hat sich weiterentwickelt“, sagte Grube. „Wir können nicht bei der Raumordnung von vor 20 Jahren bleiben.“

Ulrich Bischofing, Konzernbevollmächtigter der Bahn für Niedersachsen und Bremen, erläuterte, dass neben der Schnellstrecke, auf der Züge mit Tempo 250 rasen könnten, auch eine reine Güterverkehrsstrasse zwischen Hamburg, Bremen und Hannover geprüft werden soll. Die Vertreter der Bahninitiativen hielten sich gestern mit Bewertungen der einzelnen Varianten zurück. „Wir haben unsere Einwände und Vorschläge vorgebracht“, sagte Eberle.

Wann die seit Anfang der neunziger Jahre geplante Y-Trasse Wirklichkeit

schnellen ICE-Verkehr gedacht, soll die Y-Trasse jetzt auch zunehmend der Entlastung des Güterverkehrs vor allem aus den Häfen dienen.

Laut Bischofing soll auch die Erweiterung der vorhandenen Bahnstrecken (Hamburg-Lüneburg-Uelzen-Celle-Hannover-Lehrte sowie Bremen-Langwedel-Wunstorf-Hannover) auf drei oder sogar vier Gleise geprüft werden. Eine vierte Variante sieht eine Umleitungsstrecke um Lüneburg und Uelzen vor, damit die Züge nicht mitten durch die Stadt fahren müssen. Die Bahn nennt dies eine „Bypass-Lösung“. Bei den Planungen spielen auch die alte Amerika-Linie, die von Bremerhaven nach Stendal führte, eine Rolle. Nähere Angaben, wie die Trasse in der Region Hannover verlaufen könnte, machte Bischofing nicht.

Grube spricht von einer „völlig ergebnisoffenen Prüfung aller Varianten ohne eine Vorfestlegung“. Dirk Eberle, Sprecher des Zusammenschlusses der vier Anti-Y-Trasse-Gruppen, drückt es so aus: „Die alte Y-Trasse steht endlich nicht mehr allein da.“

Bis Ende März 2013 sollen Machbarkeitsstudien zu den vier Varianten vorliegen. Auch die möglichen Investitionskosten sollen dann bekannt sein. „Das ist schon ein Indiz dafür, welche Lösung geeignet sein könnte und welche nicht“, sagte Bischofing gestern. Anschließend sollen im Bundesverkehrsministerium Kosten-Nutzen-Analysen gemacht werden. Vor Ende nächsten Jahres rechnet Grube nicht mit einer Entscheidung.

Ein aufwendiges Verfahren – aber, sagt Grube, „die Zeit, die wir am Anfang investieren, sparen wir am Ende“. Wichtig sei, dass es eine Lösung gebe, auf die sich alle einigen könnten. Wenn man Großprojekte im Eilverfahren durchpeitsche, kämen die Probleme am Ende. „Wir möchten die Bevölkerung mitnehmen.“ Die Vertreter der Bürgerinitiativen hielten sich gestern mit Bewertungen der einzelnen Varianten zurück. „Wir haben unsere Einwände und Vorschläge vorgebracht“, sagte Eberle.

Wann die seit Anfang der neunziger Jahre geplante Y-Trasse Wirklichkeit



werden könnte, steht noch in den Sternen. Probleme für die Anbindung des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven sieht Hans-Peter Wyderka, Referatsleiter im niedersächsischen Wirtschaftsministerium, dadurch aber nicht. Die Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven sei jetzt durchgehend zweigleisig ausgebaut, sagte er.

Der neue Dialog zwischen Y-Trassen-

Gegnern und der Bahn gefällt nicht allen. Umweltschutzorganisationen wie der BUND, die zu dem gestrigen Gespräch nicht eingeladen waren, fühlen sich ausgeschlossen. Der BUND-Landesverband hat sich in einem offenen Brief bei Grube beschwert. Auch die Umweltverbände müssten bei den Planungen vorzeitig beteiligt werden, kritisiert BUND-Expertin Marita Wudtke.

Chronologie zur Y-Trasse

- Anfang der neunziger Jahre:** Anlass der ersten Planungen sind Überlegungen zur Effizienzsteigerung im Personenverkehr zwischen Hannover und Hamburg.
- 1997:** Die Planungen sehen vor, die Trasse bereits im Jahr 2008 zu eröffnen.
- 23. März 2001:** Das Raumordnungsverfahren wird abgeschlossen. Zwei Trassevarianten sind noch in der Diskussion. Gegen das auf 4,15 Milliarden Mark geschätzte Vorhaben liegen mehr als 22 000 Einwendungen vor.
- August 2007:** In einem Gespräch mit Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust erklärt Bahn-Vorstandschef Hartmut Mehdorn, die Y-Trasse nach „Stuttgart 21“ als nächstes Großprojekt auf den Weg bringen zu wollen.
- Oktober 2008:** Die Bahn nimmt die Vorbereitung für das Planfeststellungsverfahren auf. Für die Finanzierung zeigen sich Bund und Land verantwortlich.
- Dezember 2009:** Der Bund gibt Mittel in Höhe von 20 Millionen Euro frei.
- Juni 2010:** Der niedersächsische Verkehrsminister Jörg Bode will trotz Kritik an der Umsetzung festhalten.
- August 2010:** Eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes hält das Bahn-Vorhaben für nicht mehr zeitgemäß.
- Januar 2012:** Die Bundesregierung fordert, nach Alternativen zu suchen. par

Rot-Grün stützt schwarz-gelben Haushaltskurs

Breite Mehrheit für eine Drosselung der Schulden

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. In der Finanzpolitik zeichnet sich kurz vor den Landtagswahlen eine unerwartete Einigkeit der politischen Lager ab: Der Plan der Landesregierung, die Neuverschuldung in diesem und im nächsten Jahr kräftig zu drosseln, wird bei der Abstimmung nächste Woche im Landtag auch von SPD und Grünen unterstützt. Einzig die Linken werden wohl dagegen sein.

Die Grünen hatten ihr Ja zu dem Plan schon vor einigen Wochen signalisiert, die SPD erklärte sich am gestrigen Freitag. Fraktionschef Stefan Schostok brachte dabei die schwierige Wendung zustande, einerseits dem Gesetzentwurf von CDU und FDP zuzustimmen, ihn aber andererseits mit kräftigen Worten als Wahlkampfaktion zu verdamnen. Der Gesetzentwurf sei Teil eines „finanzpolitischen Kasperletheaters“, da nicht die Verringerung der Neuverschuldung das eigentliche Ziel sei, sondern der Plan, der um ihre Existenz bangenden FDP ein Wahlkampfthema zu beschieren. „Es handelt sich hier um ein Notopfer für die FDP“, betonte Schostok. Trotzdem stimme die SPD dem im Landtag zu, denn es sei geboten und richtig, die Nettokreditaufnahme zu verringern. Sie darf laut Landesverfassung nicht höher sein als die Summe der Investitionen. In seinem Urteil zum Landeshaushalt hatte der Staatsgerichtshof aber vor knapp einem Jahr festgelegt, dass der gegenwärtige Haushaltsplan noch eine Schonfrist besitzt – es sei denn, er wird geändert.

Diesen Weg peilt die Koalition jetzt in der letzten Landtagssitzung vor der Wahl an – auf besonderen Wunsch der FDP. Für dieses und nächstes Jahr soll die Neuverschuldung des Landes nun zusammen 1,34 Milliarden Euro betragen, in den bislang noch gültigen Plänen sind aber noch 2,2 Milliarden Euro erlaubt. Wegen der guten Steuereinnahmen, so argumentiert die Koalition, benötigt man weniger neue Kredite.

Auswirkungen hat das aber vor allem auf die Zukunft: Wenn die Verschuldungsrechte im Etat jetzt gekürzt werden, kann die nächste Landesregierung sich weniger stark auf sogenannte Rücklagen stützen, nämlich nicht ausgeschöpfte Kreditaufnahmerechte aus früheren Jahren. Insofern engt der geplante Landtagsbeschluss vor allem den Spielraum der nächsten Regierung bei der Schuldenaufnahme ein. Spekulierte wurde, aus diesem Grund könne die einen Wahlsieg erwartende SPD gegen die Pläne von Schwarz-Gelb sein.

Die SPD will sich aber offenbar nicht vorhalten lassen, sie plane insgeheim höhere Schulden und sperre sich gegen das Sparen. Daher stimmt sie jetzt zu.

„Ein Ort des beständigen Mahnens“

60 Jahre Gedenkstätte: Überlebende kommen zum Festakt in Bergen-Belsen

VON KAREN MIETHER

Bergen-Belsen. Die KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen hat am Freitag an ihre Gründung vor 60 Jahren erinnert. Am 30. November 1952 wurde in dem Ort bei Celle die erste Gedenkstätte der Bundesrepublik am Ort eines früheren Konzentrationslagers eingeweiht. Es sei wichtig, an den konkreten Orten an die NS-Verbrechen zu erinnern, sagte Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) bei einem Festakt, zu dem auch Überlebende des Lagers gekommen waren. „Lassen Sie uns gemeinsam Bergen-Belsen als Ort beständigen Mahnens und dauernder Wachsamkeit bewahren und fortentwickeln.“

McAllister erinnerte an die 20 000 Kriegsgefangenen und mehr als 52 000 KZ-Häftlinge, die in Bergen-Belsen umgekommen sind. Vor der Inschriftenwand und dem Obelisk, die der damalige Bundespräsident Theodor Heuss 1952 als zentrale Gedenkstätte der Bun-



„Als Ort der Wachsamkeit fortentwickeln“: McAllister in Bergen-Belsen. ddpd

desrepublik eingeweiht hatte, wurde mit Kranzniederlegungen und einer Schweigeminute der Opfer gedacht. Der britische Botschafter Simon McDonald rief das Bild ins Gedächtnis, das sich den britischen Truppen am 15. April 1945 bei der Befreiung des Lagers bot. „60 000 Häftlinge, viele davon todkrank, 13 000 unbestattete Leichen. Ein britischer Sanitätsoffizier beschrieb das Lager als

entsetzlichen Ort, den er je gesehen habe.“

Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, kritisierte Forderungen danach, die Vergangenheit als bewältigt anzusehen: „Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist nichts wert, wenn sie nicht auch Konsequenzen für die Gegenwart hat.“ Rechtsextremes Terrorismus sei längst keine unbekannte Bedrohung mehr in Deutschland und Europa, sagte Kramer. „Wo wir uns weigern hinzusehen, wird auch ein gemeinsames Extremismus- und Terrorabwehrzentrum nicht helfen.“ Auch Bergen-Belsen sei in der Nachkriegszeit zunächst ein Symbol für die Kunst der Verdrängung gewesen. Manfred Böhrer vom Niedersächsischen Verband deutscher Sinti und Romas, nur menschliches Miteinander und Zuwendung könnten Antworten auf die Geschichte sein. „Es bedrückt mich, dass heute wieder Sinti und Roma in unserem Land bedroht werden.“ epd

Wolfsburg: Frau wurde ermordet

Wolfsburg (rpf). Die Obduktion lässt keine Zweifel zu: Die 47-jährige Sabine B. aus Wolfsburg ist Opfer eines Gewaltverbrechens geworden – einen konkreten Tatverdächtigen gibt es aber weiterhin nicht. Gestern Nachmittag veröffentlichte die Ermittler deshalb ein Foto des Opfers: Sie suchen Zeugen, die die Frau in den Tagen und Stunden vor ihrem Tod gesehen haben.

Sabine Bittner wurde am Donnerstagvormittag tot in ihrem Wohnhaus am Fanny-Lewald-Ring gefunden. Die Frau starb durch Schlag- oder Stichverletzungen – über die Art der Wunden, und wer die Leiche entdeckt hat, will die Staatsanwaltschaft aus ermittlungstaktischen Gründen zurzeit noch keine Angaben machen. Die beiden schulpflichtigen Kinder und der Ehemann des Opfers seien weiter in seelsorgerischer Betreuung. Die Polizei hat eine 20-köpfige Sonderkommission „Reislingen“ eingerichtet. Aufgrund der äußeren Verletzungen des Opfers war sie von Anfang an von einem Verbrechen ausgegangen.

Karp und Nahrstedt angeklagt

VON KLAUS WALLBAUM

Wolfsburg. In der sogenannten Wolfsburg-Affäre um den illegalen Einsatz eines Stadtwerke-Sprechers für die CDU werden die beiden Hauptbeschuldigten angeklagt. Die Braunschweiger Staatsanwaltschaft teilte am Freitag mit, dass sie einen Prozess gegen den früheren Vorstand Markus Karp und den langjährigen Sprecher Maik Nahrstedt führen will. Noch in diesem Jahr muss das Landgericht entscheiden, ob es die Anklage zulassen will.

Nahrstedt hatte sich bezichtigt, von Karp zur Zuarbeit für die CDU während seiner Arbeitszeit bei den Stadtwerken angewiesen worden zu sein. Dies betreffe einen Zeitraum zwischen 2005 und 2010. Karp bestreitet dies. Nahrstedt erklärte, jahrelang bei vollen Bezügen nur mit der Hälfte seiner Arbeitszeit für die Stadtwerke tätig gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft wirft Karp nun vor, dies „zugelassen zu haben“ und damit der Untreue „in einem besonders schweren Fall“ verdächtig zu sein. Die Stadtwerke hätten einen „Vermögensverlust größeren Ausmaßes“ erlitten, Nahrstedt habe mehr als 76 000 Euro zu Unrecht bekommen.

Dass Karp Nahrstedt direkt angewiesen habe, berichtet nur Nahrstedt. Andere Zeugen können offenbar zum Verhältnis der beiden etwas aussagen. „Es gibt viele Indizien“, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Bei den Ermittlungen war allerdings aufgefallen, dass Nahrstedt nicht übermäßig aktiv beim Verfassen von CDU-Pressemitteilungen war, außerdem konnte er sich als Stadtwerke-Sprecher die Arbeitszeit ziemlich frei einteilen.



Die beiden Hauptbeschuldigten: Markus Karp (oben) und Maik Nahrstedt. dpa (2)



Oberste Tierschützerin tritt aus CDU aus

Protest gegen Agrarpolitik der Landesregierung: Vorsitzende des Tierschutzbundes gibt ihr Parteibuch zurück

VON KARL DOELEKE

Hannover. Seit 17 Jahren ist sie die Landesvorsitzende des Deutschen Tierschutzbundes, Bundespräsident Horst Köhler hat Vera Steder für ihr Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen, zehn Jahre lang war sie Mitglied der CDU. „Ich war stolz“, schreibt Steder an Ministerpräsident David McAllister, den Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen. Das Wort „war“ hat sie in ihrem Brief gefettet. Denn Steder hat ihr Parteibuch zurückgegeben.

Aus Protest gegen die Tierschutzpolitik der Landesregierung. In dem Schreiben an McAllister bringt die Landesvorsitzende des Tierschutzbundes ihre Enttäuschung über den Ministerpräsidenten und Niedersachsens Agrarminister Gert Lindemann (CDU) zum Ausdruck. „Noch vor Kurzem hat mich ihre ehrlich empfundene Aussage im Vor-

feld einer Bauernversammlung in Cloppenburg tief bewegt.“ McAllister habe das „C“ in der CDU betont und klargestellt, dass „die Frage der Mitgeschöpflichkeit Maßstab auch für die Tierhaltung in der Landwirtschaft“ sein müsse.

Doch dann sei Lindemann gekommen und habe begründet, dass die Züchterverbände den jungen Pferden weiter ihre Verbandszeichen in die Haut brennen

dürfen. Die Tatsache, dass mit dem Kastrieren von Ferkeln ohne Betäubung erst 2019 Schluss sein soll, statt wie geplant 2017, hat Steder ebenfalls erschüttert. Die Niedersachsen-CDU habe mehr Tierschutz in Deutschland ausgebaut. „Einer Partei, die den Tierschutz mit Füßen tritt, möchte ich nicht mehr angehören“, sagt Steder.

Das Thema ist für die CDU kurz vor

der Landtagswahl durchaus heikel. „Das Schreiben von Frau Steder habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen“, sagt Generalsekretär Ulf Thiele. „Allerdings teile ich ihre inhaltliche Position nicht und habe in einem Brief darauf hingewiesen, dass die CDU den Tierschutz sehr ernst nimmt.“ Das werde beispielsweise an der Umsetzung des Tierschutzplans durch Landwirtschaftsminister Gert Lindemann sehr deutlich. Man werde im Übrigen weiter „konstruktiv“ mit dem Tierschutzbund zusammenarbeiten.

An dem Tierschutzplan arbeitet ihr Verband mit, Steder traut ihm nicht so recht über den Weg – „das dauert mir viel zu lange und niemand kann sagen, ob am Ende wirkliche Verbesserungen für die Tiere herauskommen“. Genau das aber wollte sie mit ihrem Eintritt in die CDU erreichen. „Vielleicht war ich zu blauäugig“, sagt Steder.



„Einer Partei, die den Tierschutz mit Füßen tritt, möchte ich nicht mehr angehören“: Vera Steder stört vor allem der Schenkbrand und das betäubungslose Kastrieren von Ferkeln. dpa/privat/dapd

